



KOA 1.004/19-001

Bescheid

I. Spruch

1. Der **MEDIA BROADCAST GmbH** (HRB 81139 beim Handelsregister des Amtsgerichtes Köln), werden gemäß § 74 Abs. 1 iVm § 81 Abs. 2 Telekommunikationsgesetz 2003 (TKG 2003), BGBI. I Nr. 70/2003 idF BGBI. I Nr. 111/2018, die Bewilligungen zur Errichtung und zum Betrieb der in den beiliegenden, einen Bestandteil des Spruchs bildenden, technischen Anlageblätter beschriebenen Funkanlagen „UNTERSBERG GEIERECK (Untersberg) Block 5C“ (Beilage 1) sowie „BREGENZ 1 (Pfänder) Block 5C“ (Beilage 1) zur Verbreitung von digitalem Hörfunk erteilt.
2. Die Bewilligung gemäß Spruchpunkt 1. ist gemäß § 81 Abs. 5 TKG 2003 auf die Dauer vom 01.05.2019 bis zum 01.05.2029 befristet. Sie können gemäß § 81 Abs. 6 iVm § 84 Abs. 2 Z 3 TKG 2003 früher abgeändert oder widerrufen werden, wenn ein Ersuchen der deutschen Verwaltung auf Änderung oder Widerruf gemäß Punkt 9 des Abkommens zwischen dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Bonn und dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft (Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung als Oberste Fernmeldebehörde) in Wien über das Errichten und Betreiben von (Ton)Rundfunk- und Fernsehrundfunk-Funkanlagen in Grenzgebieten vom 28.11./12.12.1961 erfolgt, sowie gemäß Punkt 10 des Abkommens bei Wirksamwerden der Kündigung des Abkommens.

II. Begründung

1. Gang des Verfahrens

Am 12.12.2018 langten Anträge der MEDIA BROADCAST GmbH auf Erteilung von Sendegenehmigungen für die Standorte in Bregenz und Untersberg ein- Die Verfahren wurden gemäß § 39 Abs. 2 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBI. I Nr. BGBl. Nr. 51/1991 (WV) idF BGBI. I Nr. 58/2018, aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Kostenersparnis verbunden.

Zur Beurteilung der frequenztechnischen Realisierbarkeit der Anträge wurde am 18.12.2018 die Abteilung für Rundfunkfrequenzmanagement der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RFFM) mit der Erstellung eines frequenztechnischen Gutachtens beauftragt. Am 25.03.2019 legte der Amtssachverständige DI Jakob Gschiel das frequenztechnische Gutachten vor.



2. Sachverhalt

Auf Grund der Anträge sowie des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Die MEDIA BROADCAST GmbH betreibt als Multiplex-Betreiberin ein bundesweits DAB+-Sendernetz in der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage des T-DAB Frequenzuteilungsverfahrens Nr. 004-2009 der Bundesnetzagentur vom 17.09.2009. Im Rahmen des weiteren Ausbaus der Versorgung in Bayern und Baden-Württemberg ist ab 01.05.2019 geplant, die an Österreich angrenzenden Regionen über die Funkanlagen „UNTERSBERG GEIERECK (Untersberg) Block 5C“ (Beilage 1) sowie „BREGENZ 1 (Pfänder) Block 5C“ zu versorgen.

Die technische Prüfung der gegenständlichen Anträge hat ergeben, dass die beantragten Funkanlagen technisch realisierbar sind und einer Inbetriebnahme ohne Einschränkung zugestimmt werden kann. Mit E-Mail vom 27.02.2019 erteilte die deutsche Verwaltung (Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen) die Zustimmung zur beantragten Bewilligung.

3. Beweiswürdigung

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich aus den glaubwürdigen Anträgen der MEDIA BROADCAST GmbH, den vorgelegten Unterlagen und dem technischen Gutachten des Amtssachverständigen. Die Zustimmung der deutschen Verwaltung ergibt sich aus dem E-Mail vom 27.02.2019.

4. Rechtliche Beurteilung

Gemäß § 74 Abs. 1 TKG 2003 ist die Errichtung und der Betrieb einer Funkanlage grundsätzlich nur mit einer Bewilligung zulässig. Gemäß § 81 Abs. 2 TKG 2003 hat über diesbezügliche Anträge hinsichtlich Funkanlagen, die für Rundfunk im Sinne des BVG-Rundfunk vorgesehen sind, die KommAustria zu entscheiden.

Nach Artikel 18.2 der Vollzugsordnung für den Funkdienst (Radio Regulations) auf Grundlage von Artikel 4 Abs. 3 der Satzung der Internationalen Fernmeldeunion, BGBI. III Nr. 17/1998 idF BGBI. III Nr. 244/2013, können die Regierungen benachbarter Staaten Vereinbarungen unter anderem über Funkanlagen treffen, die in einem benachbarten Land zur Verbesserung der Versorgung im anderen Land gelegen sind.

In Anwendung dieser Bestimmung haben der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Bonn und der Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft (Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung als Oberste Fernmeldebehörde) in Wien am 28.11./12.12.1961 ein Abkommen über das Errichten und Betreiben von (Ton)Rundfunk- und Fernsehrundfunk-Funkanlagen in Grenzgebieten geschlossen.

Demnach können unter anderem auf dem Gebiet der Republik Österreich für die Versorgung gewisser Teile der Bundesrepublik Deutschland durch eine deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Rundfunkanlagen errichtet werden. Für das Errichten und Betreiben der Funkanlagen gelten die Gesetze und Verordnungen des Landes, in dem die Funkanlage liegt (Punkt



1). Standort der Funkanlagen, sonstige kennzeichnende Merkmale, Auflagen und das Versorgungsgebiet sowie die technischen Einrichtungen für die Zubringung des Programms sowie notwendig werdende Änderungen werden von den beiden Verwaltungen jeweils vereinbart (Punkt 2); die Bewilligung wird von der Verwaltung erteilt, in deren Gebiet die Funkanlage errichtet wird (Punkt 3); verantwortliche Verwaltung im Sinne des internationalen Fernmelderechts ist die Verwaltung des Landes, dessen Gebiet versorgt wird (Punkt 3); auf Ersuchen dieser verantwortlichen Verwaltung wird die Bewilligung unter bestimmten Voraussetzungen geändert oder notfalls widerrufen (Punkt 9); mit Ablauf der Geltungsdauer und dem Wirksamwerden der Kündigung werden die Bewilligungen widerrufen (Punkt 10).

Das Abkommen wurde zunächst auf zehn Jahre ab 01.01.1962 geschlossen (Punkte 10 und 12) und mit Schreiben des Generaldirektors für die Post- und Telegraphenverwaltung vom 03.11.1972 und Antwortschreiben des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen vom 11.12.1972 auf unbestimmte Zeit (mit Kündigungsmöglichkeiten nach jeweils zehn Jahren) verlängert.

4.1. Funkanlagenbewilligung (Spruchpunkt 1.)

Die technische Prüfung hat ergeben, dass der beantragte Frequenzblock zur Verfügung steht und keine österreichische Übertragungskapazität störend beeinflusst wird.

Bei der MEDIA BROADCAST GmbH handelt es sich um eine Multiplex-Betreiberin in der Bundesrepublik Deutschland, der ein eigenes Sendernetz betreibt. Auf Grund der Zustimmung der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen sind die Voraussetzungen für die Erteilung der beantragten Bewilligungen gegeben.

Die beantragten Frequenzen stehen auf die bewilligte Dauer (siehe dazu Spruchpunkt 2.) zur Verfügung. Die jeweils beantragte abgestrahlte Leistung überschreitet die koordinierten Werte nach dem GE06 Plan an keiner Stelle. Die Anträge sind daher fernmeldetechnisch realisierbar.

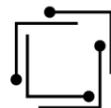
Da ansonsten kein Grund für eine Ablehnung der beantragten Bewilligungen vorlag, waren sie spruchgemäß zu erteilen.

4.2. Befristung (Spruchpunkt 2.)

Gemäß § 81 Abs. 5 TKG 2003 sind Bewilligungen zur Errichtung und zum Betrieb von Sendeanlagen auf höchstens zehn Jahre zu befristen. Es war daher eine Befristung bis 01.05.2029 vorzusehen.

Gemäß § 81 Abs. 6 können in Bewilligungsbescheiden mit Auflagen und Bedingungen Verpflichtungen auferlegt werden, deren Einhaltung unter anderem zur Einhaltung internationaler Vereinbarungen geboten erscheint. Änderungen der Bewilligung aufgrund internationaler Gegebenheiten können aufgrund § 84 Abs. 2 Z 3 TKG 2003 erfolgen, zur Sicherung der oben zitierten Widerrufsbestimmungen des Abkommens (Punkte 9 und 10) war ein vorzeitiger Widerrufsvorbehalt vorzusehen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.



III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehr sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.

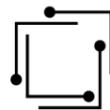
Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel (IBAN: AT83010000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 1.004/19-001“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 02. April 2019

Kommunikationsbehörde Austria

Mag. Michael Ogris
(Vorsitzender)

Beilage: 2 Anlageblätter



Beilage 1 zum Bescheid KOA 1.004/19-001

1	Multiplex-Zulassungsinhaber	Media Broadcast GmbH					
2	Senderbetreiber	Media Broadcast GmbH					
3	Ensemble ID (hex)						
4	Name der Funkstelle	UNTERSBERG GEIERECK					
5	Standortbezeichnung	Untersberg					
6	Geographische Koordinaten (in ° ' '')	013E00 31	47N43 21	WGS84			
7	Seehöhe (Höhe über NN) in m	1806					
8	System	DAB+					
9	Block	5C					
10	Mittenfrequenz in MHz	178.352					
11	Bandbreite in MHz	1.536					
12	Trägeranzahl	1536					
13	SFN-Kenner	D_00188					
14	Höhe des Antennenschwerpunktes in m	15.0					
15	gerichtete Antenne? (D/ND)	D					
16	Erhebungswinkel in Grad +/-	-2.0					
17	Vertikale Halbwertsbreite(n) in Grad +/-	16.0					
18	Polarisation	V					
19	Senderausgangsleistung in dBW	35.0					
20	Spektrummaske (unkritisch... <u>1</u> /kritisch... <u>2</u>)	2					
21	max. Strahlungsleistung in dBW (total)	37.0					
22	Strahlungsdiagramm in horizontaler Ebene bei Richtantenne (ERP in dBW)						
	Grad	0	10	20	30	40	50
	H						
	V	36.5	36.0	35.0	34.0	32.5	31.0
	Grad	60	70	80	90	100	110
	H						
	V	29.0	26.5	25.0	24.0	25.5	28.0
	Grad	120	130	140	150	160	170
	H						
	V	30.5	33.0	34.5	36.0	37.0	37.0
	Grad	180	190	200	210	220	230
	H						
	V	37.0	36.0	34.5	33.0	31.0	30.5
	Grad	240	250	260	270	280	290
	H						
	V	30.5	32.0	33.0	34.5	35.5	36.0
	Grad	300	310	320	330	340	350
	H						
	V	36.5	37.0	37.0	37.0	37.0	37.0
23	Technische Bedingungen der Aussendung nach EN 300 401						
24	Das Sendegerät muss dem Bundesgesetz über Funkanlagen und Telekommunikations-endeinrichtungen (FTEG), BGBl. I Nr. 134/2001 idgF., entsprechen.						
25	Versuchsbetrieb gem. Nr. 15.14 der VO-Funk (ja/nein)	nein					



Beilage 2 zum Bescheid KOA 1.004/19-001

1	Multiplex-Zulassungsinhaber		Media Broadcast GmbH				
2	Senderbetreiber		Media Broadcast GmbH				
3	Ensemble ID (hex)						
4	Name der Funkstelle		BREGENZ 1				
5	Standortbezeichnung		Pfänder				
6	Geographische Koordinaten (in ° ' '')		009E46 49	47N30 29	WGS84		
7	Seehöhe (<i>Höhe über NN</i>) in m		1050				
8	System		DAB+				
9	Block		5C				
10	Mittenfrequenz in MHz		178.352				
11	Bandbreite in MHz		1.536				
12	Trägeranzahl		1536				
13	SFN-Kenner		D_00188				
14	Höhe des Antennenschwerpunktes in m		74.0				
15	gerichtete Antenne? (D/ND)		D				
16	Erhebungswinkel in Grad +/-		-2.0				
17	Vertikale Halbwertsbreite(n) in Grad +/-		7.0				
18	Polarisation		V				
19	Senderausgangsleistung in dBW		27.0				
20	Spektrummaske (<i>unkritisch...1 / kritisch...2</i>)		2				
21	max. Strahlungsleistung in dBW (total)		33.0				
22	Strahlungsdiagramm in horizontaler Ebene bei Richtantenne (<i>ERP in dBW</i>)						
	Grad	0	10	20	30	40	50
	H						
	V	33.0	33.0	32.0	32.0	32.0	32.0
	Grad	60	70	80	90	100	110
	H						
	V	31.0	30.0	30.0	31.0	31.0	29.0
	Grad	120	130	140	150	160	170
	H						
	V	28.0	28.0	28.0	28.0	29.0	31.0
	Grad	180	190	200	210	220	230
	H						
	V	31.0	30.0	30.0	31.0	32.0	32.0
	Grad	240	250	260	270	280	290
	H						
	V	32.0	32.0	33.0	33.0	33.0	32.0
23	Technische Bedingungen der Aussendung nach EN 300 401						
24	Das Sendegerät muss dem Bundesgesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendleinrichtungen (FTEG), BGBl. I Nr. 134/2001 idgF., entsprechen.						
25	Versuchsbetrieb gem. Nr. 15.14 der VO-Funk (ja/nein)		nein				